



Energiepreise und Inflation sind sozialer Sprengstoff. Viele Unternehmen und ihre Mitarbeiter sind existenzbedroht. Millionen Arbeitsplätze sind aktuell in Gefahr. Wirtschaftlicher Sachverstand scheint in der Bundesregierung nicht vorhanden zu sein.

Der Ampel-Regierung fehlt jeglicher Kompass in der Energiepolitik. Die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen brauchen eine handlungsfähige, verlässliche Regierung, welche sich durch kluges und sicheres Krisenmanagement auszeichnet - mit ihrem ideologisch-verbohrten Kurs setzt die Scholz-Regierung den Wohlstand dieses Landes aufs Spiel. Die Menschen in Deutschland müssen realisieren, dass sie mit der Ampel eine Regierung haben, bei der man sich nicht mehr drauf verlassen kann, dass sie mit dieser Krise verantwortungsvoll und weitsichtig umgehen können.

Die CDU hat ein 10 Punkte Programm für eine sichere Energie und eine starke Wirtschaft vorgestellt.

10 PUNKTE FÜR SICHERE ENERGIE UND EINE STARKE WIRTSCHAFT

Die aktuelle Energiekrise wurde durch einen Angebotsschock ausgelöst. Gas und Strom werden knapp und teuer. Nur mit einer verlässlichen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen werden wir unseren Wohlstand nachhaltig sicherstellen können.

1. **WEITERBETRIEB DER KLIMAFREUNDLICHEN KERNKRAFT.** Jede in Deutschland produzierte Kilowattstunde Strom hilft, die Energieversorgung zu sichern und den Strompreis zu stabilisieren. Neben dem notwendigen Wiederanfahren von Kohlekraftwerken aus der Netzreserve und der Sicherheitsbereitschaft müssen alle 3 noch laufenden Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus weiterbetrieben werden.
2. **TURBO FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN UND MEHR BIOMASSE.** Wir müssen Erneuerbare Energien schneller auszubauen. Dazu müssen Anreize verstärkt sowie Verfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Zudem muss der Biomasse-Deckel endlich angehoben werden, um mehr Biogas zu produzieren.
3. **PREISBREMSE AUF DEM STROMMARKT EINFÜHREN. STROM MUSS GÜNSTIGER WERDEN.** Entweder sollte der Großhandelspreis für Strom europäisch gedeckelt oder die Gasverstromung aus der Strompreisbildung ausgenommen werden.
4. **WEG MIT DER GASUMLAGE.** Die Gasumlage muss schnellstens wieder aufgehoben werden. Es ist noch nicht zu spät dafür. Insolvenzgefährdete Gasimporteure sollten gezielt unterstützt werden, sofern dies für die Versorgungssicherheit notwendig ist.
5. **EINFÜHRUNG EINER ENERGIEGRUNDVERSORGUNG.** Wir brauchen einen Preisdeckel für den Grundbedarf an Strom und Gas für Haushalte. Als Gasgrundbedarf sollen 75 Prozent des Vorjahresverbrauchs gelten und ein Preis von 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert werden.
6. **1.000-EURO-ENERGIEPAUSCHALE FÜR GERINGE EINKOMMEN.** Menschen im unteren Einkommensdrittel sollten mit einer 1.000-Euro-Energiepauschale unterstützt werden.
7. **KEINSTROM-UND GASSPERREN.** Wir müssen jetzt verhindern, dass Nachzahlungsforderungen besonders negative Folgen haben. Wir fordern daher für die nächsten 6 Monate ein Kündigungsmoratorium für alle privaten Strom- und Gaslieferverträge.
8. **MEHR GELD FÜR PENDLER – BESCHÄFTIGTE VOR HEIMLICHEN STEUERERHÖHUNGEN SCHÜTZEN.** Die Pendlerpauschale soll ab dem 1. km und rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 deutlich erhöht werden. Für Menschen mit kleinem Einkommen soll es eine verbesserte Mobilitätsprämie geben. Zudem muss die kalte Progression rückwirkend zum 1. Januar 2022 ausgeglichen werden.
9. **WENIGER CO2.** Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 noch zu erreichen, müssen wir nicht nur den Ausstoß von CO2 reduzieren, sondern auch bereits ausgestoßenes CO2 effizienter binden. Hierfür sollten sowohl natürliche als auch technische Möglichkeiten erforscht und CO2 als Rohstoff angesehen werden.
10. **BELASTUNGSMORATORIUM FÜR UNTERNEHMEN.** Neue Regelungen in Deutschland und in der EU, die Unternehmen stärker be- als entlasten, müssen gestoppt werden. Mehr Betriebe müssen vom Energiekostendämpfungsprogramm profitieren können; auch Mittelstand und Handwerk wie beispielsweise Bäckereien müssen Unterstützung erhalten. Zudem muss ein Industriestrompreis von 4 Cent pro Kilowattstunde zugig eingeführt werden.

Die Landtagswahl am 9. Oktober ist auch eine Abstimmung über die Politik der Ampel-Regierung in Berlin, die sowohl die Energiepreise als auch die Inflation laufen lässt. Daher beide Stimmen für die CDU, damit Niedersachsen ein starkes Gegengewicht wird.